


Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 15.04.2015

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	22:20 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzende:	Frau Pelke
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
3.1.	Bau einer Intensivmastanlage in Schwerborn	0420/15
3.2.	Asylbewerber	0674/15
3.3.	Südeinfahrt	0685/15
4.	Genehmigung von Niederschriften	
4.1.	aus der Stadtratssitzung vom 17.12.2014	

- 4.2. aus der Stadtratssitzung vom 18.12.2014
- 4.3. aus der Stadtratssitzung vom 28.01.2015
- 4.4. aus der Stadtratssitzung vom 29.01.2015
- 4.5. aus der Stadtratssitzung vom 04.03.2015
- 5. Aktuelle Stunde
- 6. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)
 - 6.1. Dringliche Anfragen
 - 6.1.1. Dringliche Anfrage - Miete für die Stadtteilbibliothek Berliner Platz
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE. **0784/15**
 - 6.1.2. Dringliche Anfrage - Umgang mit Ortsteilräten
Fragesteller: Herr Hartmann, Ortsteilbürgermeister Hochheim **0802/15**
 - 6.1.3. Dringliche Anfrage - Ausweichroute für ThüGIDA am 13.04.2015
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE. **0807/15**
 - 6.1.4. Dringliche Anfrage - Verlauf der THÜGIDA-Demo am 13. April 2015
Fragesteller: Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **0821/15**
 - 6.2. Anfragen
 - 6.2.1. Gesperrter Fußweg entlang der Gera in Hochheim
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU **0438/15**
 - 6.2.2. Haltestellenfrequentierung Wartburgstraße
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU **0441/15**
 - 6.2.3. Gästehaus
Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU **0551/15**
 - 6.2.4. Fernbusse
Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU **0597/15**

6.2.5.	Bäder Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU	0601/15
6.2.6.	Gewerbegebiete Fragesteller: Herr Kallenbach, Fraktion CDU	0605/15
6.2.7.	Bibliothek Berliner Platz Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU	0654/15
6.2.8.	Gerätehaus der Feuerwehr in Alach Fragesteller: Herr Horn, Fraktion CDU	0700/15
6.2.9.	Kommunale Finanzen und Mittelzuweisungen Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU	0741/15
6.2.10.	Konzeptverfahren bei Grundstücksverkäufen Fragesteller: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.	0622/15
6.2.11.	Einsatz von Zeitarbeit in der Unternehmensgruppe SWE Bäder GmbH Fragesteller: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.	0628/15
6.2.12.	Gelöbnis Petersberg Fragesteller: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.	0629/15
6.2.13.	Mitnahme von E-Scootern in Bussen und Straßenbahnen Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	0630/15
6.2.14.	ThüGIDA-Aufmarsch am 23.03.2015 Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	0669/15
6.2.15.	Barrierefreiheit in der Sebastian-Lucius-Schule, Außen- stelle Moskauer Platz Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	0702/15
6.2.16.	Weitere Planung und Entwicklung der klimagerechten Siedlung Marienhöhe Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0732/15
6.2.17.	Gefährlichste Orte Thüringens Fragesteller: Herr Städter, Fraktion FREIE WÄH- LER/FDP/PIRATEN	0169/15

6.2.18.	Kameraüberwachung in Erfurt Fragesteller: Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0694/15
6.2.19.	Stellplätze für Rollstuhlfahrer im Gäste-Block der Multifunktionsarena Fragesteller: Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0695/15
6.2.20.	Kosten Bildungsfreistellungsgesetz Fragesteller: Herr Kemmerich, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0696/15
6.2.21.	Jugendschutzserver in Schulen Fragesteller: Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0697/15
6.2.22.	Verkehrssicherheit im Plauener Weg Fragestellerin: Frau Böhlke, Ortsteilbürgermeisterin Marbach	0476/15
6.2.23.	Sanierung des Speichers in Töttelstädt Fragesteller: Herr Müller, Ortsteilbürgermeister Töttelstädt	0573/15
6.2.24.	Schwimmhalle in Erfurt Fragesteller: Herr Haß, OTB Moskauer Platz; Herr Dr. Geist, OTB Berliner Platz; Herr Kulich, OTB Rieth; Herr Schacht, OTB Roter Berg	0632/15
6.2.25.	Abwasserbeseitigungskonzeption in Schmira Fragesteller: Herr Richter, Ortsteilbürgermeister Schmira	0655/15
7.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
7.1.	Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus Einr.: Fraktion CDU	0764/15
7.2.	Miete für die Stadtteilbibliothek Berliner Platz Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0796/15
7.3.	Berufung sachkundiger Bürger Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0797/15

8.	Entscheidungsvorlagen	
8.1.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan MOP596 "Nahversorgungszentrum Moskauer Platz" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	0397/14
8.2.	LIN587 "Am Tonberg" - Änderung des Aufstellungsbeschlusses, Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	1043/14
8.2.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 1043/14 - LIN587 "Am Tonberg" - Änderung des Aufstellungsbeschlusses, Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung	0806/15
8.3.	Bebauungsplan LIA278 "Auf der Grossen Mühle/ Hinter den Wänden/ Hinterm Gasthofe, 1. Änderung - Änderung des Aufstellungsbeschlusses zum Änderungsverfahren Einr.: Oberbürgermeister	1418/14
8.4.	Abschaffung der Umweltzone Einr.: Herr Kemmerich, Stadtratsmitglied	1580/14
8.4.1.	Antrag der Fraktion CDU zur DS 1580/14 - Abschaffung der Umweltzone	1633/14
8.4.2.	Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur DS 1580/14 - Abschaffung der Umweltzone	0713/15
8.5.	Eigenbetriebssatzung der Landeshauptstadt Erfurt für den Erfurter Sportbetrieb Einr.: Oberbürgermeister	0027/15
8.6.	Überarbeitung der Planungen zum Bau der Rathausbrücke Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0104/15
8.6.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 0104/15 - Überarbeitung der Planungen zum Bau der Rathausbrücke	0224/15
8.6.2.	Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur DS 0104/15 - Überarbeitung der Planungen zum Bau der Rathausbrücke	0230/15

8.6.3.	Antrag der CDU-Fraktion zur DS 014/15 - Überarbeitung der Planungen zum Bau der Rathausbrücke	0250/15
8.6.3.1.	Antrag der CDU-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion (DS 0250/15) zur DS 0104/15 - Überarbeitung der Planungen zum Bau der Rathausbrücke	0801/15
8.7.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan GIK160 "Möbelhaus, Sport- und Freizeiteinrichtung Teichmannshof" - 1. Änderung (Textbebauungsplan); Abwägungs- und Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	0174/15
8.8.	Entwicklung einer Vernetzungsstruktur für eine gesamt-kommunale Handlungsstrategie zur Förderung der Gesundheit Einr.: Fraktion CDU	0274/15
8.9.	Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 9 für den Bereich Linderbach, Hochstedt "Güterverkehrszentrum (GVZ) Erfurt" - Beschluss über die Abwägungsergebnisse und Feststellungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	0361/15
8.10.	Eintrittspreisregelung THEATER ERFURT ab 01.09.2015 Einr.: Oberbürgermeister	0362/15
8.11.	Die Stadt Erfurt und die Zivilgesellschaft starten gemeinsam einen Aufruf zur Wohnungssuche für Flüchtlinge Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE.	0370/15
8.12.	Aufrechterhaltung Beschluss BuV vom 27.03.2014 zur DS 0338/14 (Brückenbreite 10,80 m und Fällung widerlager-naher Bäume) Einr.: Oberbürgermeister	0587/15
8.13.	Tempo 30 vor allen Kindertageseinrichtungen Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0599/15
8.14.	Name der Multifunktionsarena Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0609/15

8.15.	Umschuldungen 2017 Einr.: Oberbürgermeister	0611/15
8.16.	Reintegration des Erfurter Sportbetriebs in die Stadtverwaltung Erfurt Einr.: Fraktion CDU	0631/15
8.17.	Berufung sachkundiger Bürgerin Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0668/15
8.18.	Vorlage einer Maßnahmenliste zur Umsetzung der Entlastungen des Bundes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen Einr.: Fraktion CDU	0673/15
9.	Informationen	
9.1.	Information zur Umsetzung des Beschlusses 0574/14 Einr.: Oberbürgermeister	0419/15
9.2.	Notsicherung Rathausbrücke Ost Einr.: Oberbürgermeister	0568/15
9.3.	Sonstige Informationen	

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

In Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnete Frau Hoyer, Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt, die 10. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2014 - 2019 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann übergab Frau Hoyer die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit dem stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob ein Stadtratsmitglied der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 04.11.2014 die Zustimmung erteilt, dass die Fraktion SPD für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Frau Pelke stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgemäß nach § 35 Abs. 2 ThürKO erfolgte. Zu diesem Zeitpunkt waren 40 Mitglieder des Stadtrates anwesend. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Sodann wurde den Stadtratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

Abschließend wies die Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass die Pause in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfindet.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende gab folgende Änderungen zur Tagesordnung bekannt:

- Auf Antrag der einreichenden Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN wurde die Drucksache 0599/15 - Tempo 30 vor allen Kindertageseinrichtungen – unter TOP 8.13 in die Beratung der Sitzungen des Bau- und Verkehrsausschusses und des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile verwiesen.
- Weiterhin wurde auf Antrag der einreichenden Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN die Drucksache 0609/15 - Name der Multifunktionsarena – unter TOP 8.14 in die Beratung der Sitzung des Werkausschusses Erfurter Sportbetrieb verwiesen.
- Auf Antrag der einreichenden Fraktion CDU wurde die Drucksache 0631/15 - Reintegration des Erfurter Sportbetriebs in die Stadtverwaltung Erfurt – unter TOP 8.16 in die Beratung der Sitzungen des Werkausschusses Erfurter Sportbetrieb und den Ausschuss für Bildung und Sport verwiesen.

zusätzlich aufgenommen werden sollten:

- TOP 7.1. – Drucksache 0764/15
Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus
Einr.: Fraktion CDU

Zunächst begründete Frau Tillmann, Fraktion CDU, die Dringlichkeit der Vorlage.

Die Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Daraufhin ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache unter TOP 7.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

- TOP 7.2 - Drucksache 0796/15
Miete für die Stadtteilbibliothek Berliner Platz
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Hierzu wünschte Herr Stampf eine Dringlichkeitsbegründung.

Daraufhin begründete Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., die Dringlichkeit der Vorlage.

Die Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Sodann ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache unter TOP 7.2 in die Tagesordnung aufgenommen.

- TOP 7.3 – Drucksache 0797/15
Berufung sachkundiger Bürger
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Die Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Sodann ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache unter TOP 7.3 in die Tagesordnung aufgenommen.

Folgende Drucksachen sollten vorgezogen sowie gemeinsam behandelt und getrennt abgestimmt werden:

- TOP 8.6 – Drucksache 0104/15
Überarbeitung der Planungen zum Bau der Rathausbrücke
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

mit

- TOP 8.12 – Drucksache 0587/15
Aufrechterhaltung Beschluss BuV vom 27.03.2014 zur DS 0338/14 (Brückenbreite 10,80 m und Fällung widerlagernaher Bäume)
Einr.: Oberbürgermeister

sowie der Information unter

- TOP 9.2 – Drucksache 0568/15
Notsicherung Rathausbrücke Ost
Einr.: Oberbürgermeister

Die Behandlung der Drucksachen solle zu Beginn der Entscheidungsvorlagen unter TOP 8 erfolgen, so die Stadtratsvorsitzende.

Zudem wurde signalisiert, dass zu folgenden Tagesordnungspunkten keine Redebedarf besteht:

- TOP 8.1 – Drucksache 0397/14
Vorhabenbezogener Bebauungsplan MOP596 "Nahversorgungszentrum Moskauer Platz" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 8.5 – Drucksache 0027/15
Eigenbetriebssatzung der Landeshauptstadt Erfurt für den Erfurter Sportbetrieb
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 8.7 – Drucksache 0174/15
Vorhabenbezogener Bebauungsplan GIK160 "Möbelhaus, Sport- und Freizeiteinrichtung Teichmannshof" - 1. Änderung (Textbebauungsplan);
Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 8.15 – Drucksache 0611/15
Umschuldungen 2017
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 8.17 – Drucksache 0668/15
Berufung sachkundiger Bürgerin
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch. Die Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass dann jeweils nur der Tagesordnungspunkt aufgerufen und sofort abgestimmt wird.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor.

3. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)

Es lagen drei Einwohneranfragen schriftlich beantwortet vor. Die Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfrage auf Hinweis der Stadtratsmitglieder mit Beschluss ausschließlich auf die Tagesordnung der Sitzung der sachlich zuständigen Ausschüsse gesetzt werden.

3.1. Bau einer Intensivmastanlage in Schwerborn

0420/15

<p>Der Fragesteller reichte folgende Nachfragen ein:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Der Antrag zum Bau einer Intensivmastanlage für Hähnchen hat die „Haltung“ von insgesamt 39.995 Tieren zum Gegenstand. Damit nutzt der Antragsteller gesetzliche Schwellenwerte, wonach die ab 40.000 Hennenplätzen gesetzlich vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung umgangen wird. Leider ist die Stadt Erfurt zu dem Ergebnis gekommen, dass eine förmliche Umweltverträglichkeitsprüfung mit Öffentlichkeitsbeteiligung nicht erforderlich sei. Damit wurde der durchaus vorhandene Ermessensspielraum für die Durchführung einer UVP nicht ausgeschöpft. Es ist praktisch nicht nachzuvollziehen, dass 5 Tiere weniger – mithin 0,0125 Prozent der Gesamtzahl - signifikant weniger Immissionen verursachen sollen. Vor diesem Hintergrund stellt sich folgende Frage: Warum hat das Umwelt- und Naturschutzamt nicht von seinem Ermessen Gebrauch gemacht und eine Umweltverträglichkeitsprüfung veranlasst?2. Nach dem Bekanntwerden dieses Vorhabens in der Öffentlichkeit wurden vielfältige und massive Bedenken hinsichtlich der Umweltauswirkungen dieses Baues vorgebracht. Darüber hinaus hat sich Widerstand formiert, über eine online-Petition haben sich bisher rund 5.500 Unterstützer, davon 2.000 Erfurter, gegen dieses Vorhaben ausgesprochen, verschiedene Medien haben sich dieses Themas angenommen. Ist es vorstellbar, dass die Stadt Erfurt nunmehr doch noch eine UVP veranlasst oder bleibt nur noch der Weg, diese über ein Bürgerbegehren zu erwirken? <p>Hierzu sicherte der Amtsleiter des Umwelt- und Naturschutzamtes eine schriftliche Beantwortung zu.</p>	<p>Drucksache 0836/15</p>
--	-------------------------------

Zudem beantragte Frau Gabor, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Verweisung der Anfrage und der Beantwortung der Nachfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

3.2. Asylbewerber

0674/15

Die Fragestellerin war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

3.3. Südeinfahrt

0685/15

<p>Die Fragestellerin stellte folgende Nachfragen:</p> <p>"1. Woraus konkret ergibt sich die Notwendigkeit die Straße stillzulegen und gleichzeitig eine neue 3-spurige Straße geplant wird? Also ist dort tatsächlich die Notwendigkeit nach 25 Jahren nach der Wende und nach der Erkenntnis, dass wir ein so europaweit bedeutendes Schutzgebiet und geschützte Arten vorliegen haben, obwohl wir schon eine bestehende Straße haben, die dieses Schutzgebiet nicht beeinträchtigt.</p> <p>2. Vor diesem Hintergrund, dass EU-weit geschützte Arten und ein FFH-Schutzgebiet betroffen sind unmittelbar und zwar maßgeblich beeinträchtigt werden. Wo sieht der Stadtrat die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs in Bezug zum Nutzen für die Bevölkerung und zwar die Gesamtbevölkerung Erfurts – sowohl wirtschaftlich als auch verkehrstechnisch?"</p> <p>Hierzu sicherte der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr eine schriftliche Beantwortung zu.</p>	<p>Drucksache 0832/15</p>
--	-------------------------------

Zudem beantragte Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Verweisung der Anfrage und der Beantwortung der Nachfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

4. Genehmigung von Niederschriften

4.1. aus der Stadtratssitzung vom 17.12.2014

genehmigt Ja 36 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

4.2. aus der Stadtratssitzung vom 18.12.2014

genehmigt Ja 36 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

4.3. aus der Stadtratssitzung vom 28.01.2015

genehmigt Ja 38 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4.4. aus der Stadtratssitzung vom 29.01.2015

genehmigt Ja 36 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

4.5. aus der Stadtratssitzung vom 04.03.2015

genehmigt Ja 38 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

5. Aktuelle Stunde

Es lag kein Antrag vor.

6. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)

Die Anfragen lagen schriftlich beantwortet vor. Die Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfrage auf Beschluss in den zuständigen Ausschuss verwiesen werden.

Zuerst erfolgte der Aufruf der dringlichen Anfragen. Die Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass für eine Behandlung der Anfragen in der Sitzung die Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder stimmen müsse. Wenn diese Mehrheit erreicht sei, wird die Beantwortung ausgereicht.

6.1. Dringliche Anfragen

6.1.1. Dringliche Anfrage - Miete für die Stadtteilbibliothek Berliner Platz Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE. 0784/15

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Die Fragestellerin nahm Bezug auf die Beantwortung ihrer Anfrage und fragte nach wann das Konzept der Bibliotheksarbeit vorliegt. Zudem beantragte die Fragestellerin die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfragen in den Ausschuss für Bildung und Sport sowie in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.	Drucksache 0829/15
--	-----------------------

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde die Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfragen in den o. g. Ausschuss verweisen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.1.2. Dringliche Anfrage - Umgang mit Ortsteilräten 0802/15
Fragesteller: Herr Hartmann, Ortsteilbürgermeister
Hochheim

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile sowie in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben. Da in der Anfrage auf eine datenschutzrechtliche Problematik hingewiesen wurde, ist eine Stellungnahme des städtischen Datenschutzbeauftragten vorzulegen.	Drucksache 0831/15
---	-----------------------

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde die Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfragen in den o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.1.3. Dringliche Anfrage - Ausweichroute für ThüGIDA am 0807/15
13.04.2015
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Die Fragestellerin beantragte die Verweisung der Anfrage in den Hauptausschuss und in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.1.4. Dringliche Anfrage - Verlauf der THÜGIDA-Demo am 13. April 2015 **0821/15**
Fragesteller: Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Hauptausschuss und in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschüsse verweisen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2. Anfragen

6.2.1. Gesperrter Fußweg entlang der Gera in Hochheim **0438/15**
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU

In Vertretung des Fragestellers beantragte Frau Walsmann die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschüsse verweisen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.2. Haltestellenfrequentierung Wartburgstraße 0441/15
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschüsse verweisen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.3. Gästehaus 0551/15
Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU

Der Fragesteller bat um die detaillierte Untersetzung der Veranstaltungen im Gästehaus und um die Angabe der Regularien, die für die Vergabe des Gästehauses in Bezug auf die Übernachtung und Bewirtung etc. festgelegt sind.	Drucksache 0828/15
Zudem beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfragen in den Hauptausschuss.	

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.4. Fernbusse

0597/15

Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.5. Bäder

0601/15

Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU

In Vertretung des Fragestellers beantragte Herr Kordon die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Bildung und Sport unter Hinzuziehung der Geschäftsführerin der SWE Bäder GmbH.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.6. Gewerbegebiete 0605/15
Fragesteller: Herr Kallenbach, Fraktion CDU

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

6.2.7. Bibliothek Berliner Platz 0654/15
Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Bildung und Sport und in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde die Anfrage in die o. g. Ausschüsse verweisen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.8. Gerätehaus der Feuerwehr in Alach 0700/15
Fragesteller: Herr Horn, Fraktion CDU

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

6.2.9. Kommunale Finanzen und Mittelzuweisungen 0741/15
Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

6.2.10. Konzeptverfahren bei Grundstücksverkäufen
Fragesteller: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.

0622/15

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschuss verweisen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.11. Einsatz von Zeitarbeit in der Unternehmensgruppe SWE
Bäder GmbH
Fragesteller: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.

0628/15

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschuss verweisen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.12. Gelöbnis Petersberg
Fragesteller: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.

0629/15

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

6.2.13. Mitnahme von E-Scootern in Bussen und Straßenbahnen 0630/15
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Fragestellerin beantragte die Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.14. ThüGIDA-Aufmarsch am 23.03.2015 0669/15
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Fragestellerin beantragte die Verweisung der Anfrage in den Hauptausschuss – gemeinsam mit ihrer dringlichen Anfrage zur Thematik.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.15. Barrierefreiheit in der Sebastian-Lucius-Schule, Außen- 0702/15
stelle Moskauer Platz
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Fragestellerin bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

6.2.16. Weitere Planung und Entwicklung der klimagerechten Siedlung Marienhöhe **0732/15**
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschuss verweisen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.17. Gefährlichste Orte Thüringens **0169/15**
Fragesteller: Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass dem Fragesteller zur Stadtratssitzung am 28.01.2015 lediglich eine Zwischenantwort vorlag.

Der Fragesteller bedankte sich für die abschließende Beantwortung und beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschuss verweisen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.18. Kameraüberwachung in Erfurt
Fragesteller: Herr Städter, Fraktion FREIE WÄH-
LER/FDP/PIRATEN

0694/15

Der Fragesteller zeigte sich unzufrieden mit der Beantwortung und beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschuss verweisen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.19. Stellplätze für Rollstuhlfahrer im Gäste-Block der Multifunktionsarena
Fragesteller: Herr Städter, Fraktion FREIE WÄH-
LER/FDP/PIRATEN

0695/15

Der Fragesteller zeigte sich unzufrieden mit der Beantwortung hinsichtlich der Kamerastandorte der SWE Stadtwirtschaft GmbH und beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschuss verweisen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.20. Kosten Bildungsfreistellungsgesetz
Fragesteller: Herr Kemmerich, Fraktion FREIE WÄH-
LER/FDP/PIRATEN

0696/15

6.2.23. Sanierung des Speichers in Töttelstädt
Fragesteller: Herr Müller, Ortsteilbürgermeister Töttel-
städt

0573/15

In Vertretung des Fragestellers bat Frau Landherr, Ortsteilbürgermeisterin Salomonsborn, darum die Thematik in der nächsten Sitzung des Ortsteilrates Töttelstädt zu behandeln und dazu Vertreter der Unteren Wasserbehörde einzuladen.

Dies wurde dem Beauftragten für Ortsteile und Ehrenamt schriftlich per E-Mail weiter geleitet.

zur Kenntnis genommen

6.2.24. Schwimmhalle in Erfurt
Fragesteller: Herr Haß, OTB Moskauer Platz; Herr Dr.
Geist, OTB Berliner Platz; Herr Kulich, OTB Rieth; Herr
Schacht, OTB Roter Berg

0632/15

<p>Der Fragesteller fragte nach, welche planerischen Vorarbeiten erforderlich und welche Summen hierfür in den Haushalt einzustellen sind?</p> <p>Zudem nahm er Bezug auf die AG der Erfurter Schwimmsportvereine, die im Jahr 2011/2012 gegründet wurde und durch die Anforderungen und Anregungen in Bezug auf die Bäderlandschaft formuliert wurden. Hierzu fragte er nach, wie die Anregungen bei der zukünftigen Planung berücksichtigt und wie der Verein in die zukünftigen Planungen einbezogen werden.</p> <p>Weiterhin beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfragen in den Ausschuss für Bildung und Sport.</p>	<p>Drucksache 0830/15</p>
---	-------------------------------

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Verweisung in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde die Anfrage in den o. g. Ausschuss verweisen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

- 6.2.25. Abwasserbeseitigungskonzeption in Schmira 0655/15
Fragesteller: Herr Richter, Ortsteilbürgermeister Schmira

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

7. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

- 7.1. Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus 0764/15
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt werde.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erläuterte die Intention der Vorlage und bat um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 45 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, rechtzeitig vor Antragsschluss, dem 20. Mai 2015, den entsprechenden Ausschüssen und den Stadtratsmitgliedern Vorschläge zu unterbreiten, wie die Stadt Erfurt von dem Bundesförderprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ profitieren kann.

02

Es ist zu prüfen, ob die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen am Museum für Thüringer Volkskunde (kommunale Liegenschaft) oder die Peterskirche (Liegenschaft Thüringer Stiftung Schlösser und Gärten) den Finanzierungskriterien des Förderprogramms entsprechen.

- 7.2. Miete für die Stadtteilbibliothek Berliner Platz 0796/15
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt werde.

Herr Hose, Fraktion CDU, erläuterte seine Sichtweise zur Vorlage und zum Thema Bildung in Erfurt. Zudem sprach er sich für eine gemeinsame Lösung der Problematik aus und erklärte, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Herr Metz, Fraktion SPD, nahm Bezug auf die Aussagen seines Vorredners und den Inhalt der Drucksache.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, ging auf seine Vorredner ein.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intention der Drucksache und verwies auf die Situation vor Ort am Berliner Platz. Im Namen ihrer Fraktion bat sie um Zustimmung.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte seine Sichtweise zur Thematik mit.

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, gab bekannt, dass seine Fraktion der Drucksache zustimmen werde.

Ebenfalls zustimmen werde die Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, so Herr Städter abschließend.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Stadtverwaltung führt umgehend ernsthafte Gespräche mit der Konsumgenossenschaft Erfurt mit dem Ziel neuer Mietkonditionen, die geeignet sind, einen Erhalt der Stadtteilbibliothek Berliner Platz zu ermöglichen.

02

Die Stadtverwaltung prüft eine Überarbeitung des Nutzungskonzepts der Stadtteilbibliothek Berliner Platz mit dem Ziel weiterer Kostenreduzierungen, die einen Erhalt der Stadtteilbibliothek ermöglichen würden. Dies soll auch die Reduzierung der Fläche beinhalten.

03

Der Stadtrat und die Bürgerinnen und Bürger sind zeitnah und umfassend über die Ergebnisse der Maßnahmen aus den Beschlusspunkten 1 und 2 zu informieren.

**7.3. Berufung sachkundiger Bürger
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN**

0797/15

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Vorlage ohne Vorberatung behandelt werde.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Frau Irma Taube wird als sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Bildung und Sport abberufen.

02

Herr Albert Opfermann wird als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Bildung und Sport benannt.

8. Entscheidungsvorlagen

- 8.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan MOP596 "Nahversorgungs- 0397/14
zentrum Moskauer Platz" - Abwägungs- und Satz-
zungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister

Zeitlich bedingt wurde entgegen der Vereinbarung unter TOP 2 mit der Beratung des TOP 8.1 der Entscheidungsvorlagen begonnen.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Moskauer Platz die Drucksache in seiner Sitzung am 09.03.2015 bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Vorlage in seiner Sitzung am 24.03.2015 einstimmig (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen; das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 5) ist Bestandteil des Beschlusses. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Einreichern von Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB das Abwägungsergebnis mitzuteilen.

02

Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 88 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und § 19 Abs. 1 Satz 1, § 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung – ThürKO) beschließt der Stadtrat Erfurt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan MOP596 "Nahversorgungs-zentrum Moskauer Platz", beste-

hend aus der Planzeichnung (Anlage 2) mit den textlichen Festsetzungen und mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 3) als Satzung.

03

Die Begründung (Anlage 4) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan MOP596 "Nahversorgungszentrum Moskauer Platz" wird gebilligt.

04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bebauungsplan gemäß § 21 Abs. 3 Satz 1 ThürKO der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

Die Satzung ist gemäß § 21 Abs. 3 Satz 2 ThürKO frühestens nach Ablauf eines Monats ortsüblich bekanntzumachen, sofern die Rechtsaufsichtsbehörde die Satzung nicht beanstandet.

Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 1 a – e beigelegt.)

8.2. LIN587 "Am Tonberg" - Änderung des Aufstellungsbeschlusses, Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung 1043/14
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Linderbach die Drucksache in seiner Sitzung am 19.03.2015 ablehnte (Ja 0 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 24.03.2015 (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0806/15 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Zu Beginn erläuterte Herr Kanngießler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention des Antrages seiner Fraktion. Hierbei ging er auf die einzelnen Punkte (Anstriche) des Antrages inhaltlich ein. Auf Grund der Stellungnahme der Verwaltung zog er den Punkt 2 *"In der Festsetzung ... wird der Anteil der Obstgehölze von 50% auf 70% der Fläche erhöht"* zurück. Der Punkt 3 wird aufrechterhalten und im Punkt 4 bat er um Streichung der Worte *"wird als Festsetzung im B-Plan übernommen."* und ersetzte diese durch *"realisiert."*

Hierzu nahm der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung Stellung. Er begrüßte die mündlich vorgenommenen Änderungen, gab jedoch zum Punkt 3 zu Bedenken, dass dessen Umsetzung noch nicht abschließend mit dem Investor geklärt werden konnte und schlug infolge dessen vor, diesen Punkt als Aufforderung an die Verwaltung zu richten für die Verhandlungen mit dem Investor und nicht als Festsetzung im B-Plan.

Herr Kanngießler sprach sich abschließend gegen diesen Vorschlag aus und hielt im Namen seiner Fraktion an diesem Punkt im Entwurf des B-Planes fest.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief die Stadtratsvorsitzende zunächst zur Abstimmung über den mündlich geänderten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0806/15), welcher die Ursprungsdrucksache ergänzte, auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 28
Enthaltungen: 3

Damit wurde dieser Antrag abgelehnt und es erfolgte die Abstimmung der Ursprungsdrucksache.

beschlossen Ja 42 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Entwurf des Bebauungsplanes LIN587 "Am Tonberg" (Anlage 2) in seiner Fassung vom 05.03.2015 und die Begründung (Anlage 3) sowie die Abwägung der bereits vorliegenden Stellungnahmen (Anlage 9) werden gebilligt.

Mit dem Entwurf werden die Planungsziele gegenüber dem Aufstellungsbeschluss Nr. 000224/08 vom 17.09.2008, öffentlich bekannt gemacht am 24.10.2008 im Amtsblatt Nr. 19, präzisiert:

- geordnete städtebauliche Entwicklung des Gebietes als gewerblicher Standort
- Entwicklung von Gewerbeflächen für gering emittierendes Gewerbe
- Ausschluss von Einzelhandel, Gastronomie, Bordellen, Vergnügungsstätten sowie Betrieben des Beherbergungsgewerbes zur Sicherung eines Flächenpotentials für sonstige Gewerbenutzungen
- Ergänzung und Arrondierung des gewerblich geprägten Siedlungsbereiches bis an die Ostumfahrung "Konrad-Adenauer-Straße"
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und oberzentralen Funktion Erfurts
- Schaffung neuer Arbeitsplätze
- immissionsbeschränkende Festsetzungen im Hinblick auf die vorhandene Wohnbebauung "Am Tonberg"
- Schaffung von Grünstreifen zur visuellen Abschirmung nach Norden zur Wohnbebauung "Am Tonberg" und in Richtung Osten zur Ostumfahrung "Konrad-Adenauer-Straße"
- Schutz der Frischluftzufuhr für die Kernstadt Erfurt
- Regelung des Umgangs mit Werbeanlagen
- Anbindung an das Haupterschließungsnetz vom Knotenpunkt Weimarische Strasse über einen Anschluss an die Straße "An der Henne"
- Erschließung der Gewerbeflächen ausschließlich über einen internen Erschließungsstich

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Eigentümer und Erschließungsträger der Flurstücke im Geltungsbereich einen städtebaulichen Vertrag über die Erschließung und die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Ausgleichsmaßnahmen) abzuschließen.

03

Der Entwurf des Bebauungsplanes LIN587 "Am Tonberg" und dessen Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

04

Zeitpunkt, Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sowie Angaben zu den Arten verfügbarer umweltbezogener Informationen sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 2 a – d beigelegt.)

8.2.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0806/15
1043/14 - LIN587 "Am Tonberg" - Änderung des Aufstel-
lungsbeschlusses, Billigung des Entwurfs und öffentliche
Auslegung

abgelehnt Ja 15 Nein 28 Enthaltung 3 Befangen 0

8.3. Bebauungsplan LIA278 "Auf der Grossen Mühle/ Hinter 1418/14
den Wänden/ Hinterm Gasthofe, 1. Änderung - Änderung
des Aufstellungsbeschlusses zum Änderungsverfahren
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Linderbach die Drucksache in seiner Sitzung am 19.03.2015 ablehnte (Ja 0 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 24.03.2015 einstimmig (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Aufstellungsbeschluss für das Änderungsverfahren für den Bebauungsplan LIA278 "Auf der großen Mühle/ Hinter den Wänden/ Hinterm Gasthofe" (Beschluss Nr.1941/10 vom 15.12.2010) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Der rechtswirksame Bebauungsplan LIA278 "Auf der großen Mühle/ Hinter den Wänden/ Hinterm Gasthofe" an der Weimarerischen Straße / B7 in Linderbach soll geändert werden.

Mit der Änderung wird der Geltungsbereich vergrößert, er wird begrenzt:

- im Norden: die südliche Straßenbegrenzungslinie der Straße Elsterweg und nördliche Begrenzung der Kleingartenanlage "Hinter den Wänden"
- im Osten: östliche Grenze der Straße "Am Weiherweg", südliche Straßenbegrenzungslinie Weimarische Straße, Flurstück 272, Flur 4, Gemarkung Linderbach; die östliche Begrenzung der Flurstücke (Linderbach) 278/17, 278/19 und 278/21/5, 87/2, Gem. Linderbach, Flur 5
- im Süden: die nördliche Begrenzung des Bachflurstücks (Peterbach)277/3, Gemarkung Linderbach, Flur 5 und des Bachflurstücks (Linderbach) 328, Gemarkung Linderbach, Flur 5; sowie der Flurstücke 179/1, 85, 81/5, Gemarkung Büßleben, Flur 3.
- im Westen: die östliche Begrenzung der Bachflurstücke des Linderbachs 328, Gemarkung Linderbach, Flur 5 und des Bachflurstücks 87/2, Gemarkung Linderbach, Flur 3.

Mit der Änderung des Bebauungsplanes werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Sicherung von Gewerbeflächen für kleine und mittelständige produzierende oder dienstleistende Gewerbebetriebe
- Erhaltung und Entwicklung des Kfz-Handels
- Ausschluss von weiterem sonstigen Einzelhandel und Vergnügungsstätten
- Ausschluss von Schank- und Speisewirtschaften, die nicht der Gebietsversorgung dienen
- Ausnahmsweise Zulässigkeit von Betrieben des Beherbergungsgewerbes
- Gewährleistung eines planungsrechtlichen Bestandschutzes für bestehende Nutzungen, die durch die Änderung unzulässig oder eingeschränkt werden
- Neuregelung von Fremd- und Eigenwerbung

02

Der geänderte Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.)

8.4. Abschaffung der Umweltzone 1580/14 Einr.: Herr Kemmerich, Stadtratsmitglied

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 01.10.2014 in den zuständigen Ausschuss.

Der Bau- und Verkehrsausschuss vertagte die Drucksache in seiner Sitzung am 04.12.2014.

Daraufhin vertagte der Stadtrat die Vorlage in seiner Sitzung am 28.01.2015 ebenfalls.

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 1633/14 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Weiterhin lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 0713/15 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Zu Beginn erläuterte Herr Kemmerich, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die Intention seines Antrages. Im Hinblick auf den neusten eingereichten Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, regte er eine erneute Verweisung aller Anträge in den Bau- und Verkehrsausschuss an.

Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE., erläuterte ihre Sichtweise zur Thematik und ging auf die vorliegenden Anträge ein. Sie verwies in ihren Ausführungen auf die Stellungnahme der Verwaltung (bei Einhaltung der Grenzwerte, frühestmöglich nach drei Jahren, das Landesverwaltungsamt für die Aufhebung der Umweltzone zu ersuchen) und befürwortete dieses Vorgehen.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betonte die positiven Aspekte der Umweltzone insbesondere in Bezug auf die Gesundheit. Er sprach sich im Namen seiner Fraktion für den Erhalt der Umweltzone aus und zusätzlich für die Fortführung der Maßnahmen des CDU-Antrages.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erläuterte die Intention des Antrages seiner Fraktion und begrüßte den Vorschlag einer nochmaligen Verweisung der gesamten Thematik und somit aller Anträge in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, sprach sich gegen eine erneute Verweisung in den Ausschuss aus und gab bekannt, dass seine Fraktion die Vorlagen ablehnen und zunächst auf die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes warten werde.

An der weiteren Diskussion zu den Vor- und Nachteilen der Umweltzone und dessen Auswirkungen auf die Stadt Erfurt beteiligten sich Herr Pfistner, Fraktion CDU, Herr Warnecke und Herr Prof. Dr. Thumfart.

Da im Anschluss keine Wortmeldungen mehr vorlagen, fasste die Stadtratsvorsitzende zunächst die mündlichen Anträge zusammen. Auf Nachfrage teilte Herr Kemmerich mit, dass sich sein Verweisungsantrag auf die Drucksache 0713/15 bezog.

Auf Hinweis von Herrn Gillmann, Stadtratsreferent, bezüglich der jeweiligen Einreicher der vorliegenden Drucksache, zog Herr Kemmerich seine eigene Vorlage, welche die Ursprungsvorlage (Drucksache 1580/14) war, zurück.

Daraufhin stellte die Stadtratsvorsitzende den Antrag auf Verweisung der Drucksache 0713/15 in den Bau- und Verkehrsausschuss zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	32
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Im Anschluss erklärte Herr Gillmann ausführlich das weitere Abstimmungsprozedere. Da die Ursprungsdrucksache 1580/14 vom Einreicher zurückgezogen wurde und Herr Kemmerich bekannt gab, dass er den Antrag seiner Fraktion 0713/15 übernehme, trete dieser an die Stelle der Ursprungsdrucksache. Somit bestand auch der Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 1633/14) weiterhin und würde bei Bestätigung nun die Drucksache 0713/15 ersetzen.

Sodann rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 1633/14) zur Abstimmung auf.

Vor der Abstimmung hinterfragte Herr Warnecke nochmals das Abstimmungsprozedere und das weitere Bestehen des CDU-Antrages im Hinblick auf den Rückzug der Ursprungsvorlage.

Hierzu erklärte Herr Kallenbach im Namen seiner Fraktion, dass der Antrag (Drucksache 1633/14) aufrechterhalten bleibt und sich nun auf die Drucksache 0713/15, welche an die Stelle der Ursprungsdrucksache gerutscht ist, beziehe.

Somit waren alle Fragen geklärt und es erfolgte die Abstimmung des Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 1633/14).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	31
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Abschließend rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 0713/15) zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	31
Enthaltungen:	0

Somit wurde dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

zurückgezogen

8.4.1.	Antrag der Fraktion CDU zur DS 1580/14 - Abschaffung der Umweltzone	1633/14
---------------	--	----------------

abgelehnt Ja 15 Nein 31 Enthaltung 0 Befangen 0

8.4.2. Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur DS 0713/15
1580/14 - Abschaffung der Umweltzone

abgelehnt Ja 15 Nein 31 Enthaltung 0 Befangen 0

8.5. Eigenbetriebssatzung der Landeshauptstadt Erfurt für 0027/15
den Erfurter Sportbetrieb
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb die Drucksache in seiner Sitzung am 26.03.2015 mit redaktioneller Änderung (Rubrum) bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die redaktionellen Änderungen lagen den Fraktionen und fraktionslosen Mitgliedern mit Schreiben vom 19.03.2015 vor.

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache mit redaktioneller Änderung (Rubrum).

mit Änderungen beschlossen Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Eigenbetriebssatzung der Landeshauptstadt Erfurt für den Erfurter Sportbetrieb gemäß Anlage 1.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Satzung gemäß § 21 Absatz 3 ThürKO der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen und eine vorzeitige Bekanntmachung zu beantragen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.)

8.6. Überarbeitung der Planungen zum Bau der Rathausbrücke 0104/15
cke
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nach der Pause wurde dieser Tagesordnungspunkt gemeinsam mit dem TOP 8.12 sowie dem TOP 9.2 beraten und getrennt abgestimmt.

Zum TOP 8.6 – Drucksache 0104/15 gab die Stadtratsvorsitzende Folgendes bekannt:

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Der Stadtrat vertagte die Drucksache in seiner Sitzung am 28.01.2015.

In der Sondersitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 14.04.2015 wurde die Drucksache abgelehnt (Ja 2 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0224/15 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor. Dieser wurde in der Sondersitzung des Bau- und Verkehrsausschusses abgelehnt (3/4/1/0).

Es lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 0230/15 vor. Dieser ersetzte und ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor. Dieser wurde in der Sondersitzung des Bau- und Verkehrsausschusses abgelehnt (4/4/0/0).

Weiterhin lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 0250/15 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor. Zu diesem lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 0801/15 vor. Dieser ersetzte die Drucksache 0250/15. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor. Die Drucksache 0801/15 wurde in der Sondersitzung des Bau- und Verkehrsausschusses abgelehnt (2/4/2/0).

Zum **TOP 8.12** – Drucksache 0587/15 gab die Stadtratsvorsitzende Folgendes bekannt:

In der Sondersitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 14.04.2015 wurden die Beschlusspunkte einzeln abgestimmt:

- Beschlusspunkt 01
Der Beschluss des Bau- und Verkehrsausschusses in seiner Sitzung am 27.03.2014 zur Drucksache 0338/14 (Fällung vier Bäume, Brückenbreite 10,80 m) wird aufrechterhalten. Unter den Prämissen zur Beibehaltung der Brückenbreite von 10,80 m und Fällung der vier widerlagernahen Bäume ist die Ausschreibung des Bauvorhabens unverzüglich in Gang zu setzen, so dass zur Sicherung der Fördermittel der Zuschlag zur Vergabe der Bauleistungen noch in diesem Jahr erteilt werden kann.

→ Dieser wurde bestätigt (Ja 7 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0).
- Beschlusspunkt 02
Der Beschluss des Bau- und Verkehrsausschusses in seiner Sitzung vom 13.11.2014 zur Drucksache 1696/14 wird aufgehoben. Die Begehbarkeit der südlichen Breitstrominsel ist nach der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2015 zur Entscheidung vorzulegen.

→ Dieser wurde bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).
- Beschlusspunkt 03
Der Vorschlag zur Neupflanzung der Bäume (Anlage 1) wird bestätigt.

→ Dieser wurde ebenfalls bestätigt (Ja 7 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0).

Zudem wurde die Information unter **TOP 9.2** – Drucksache 0568/15 mit zur Beratung aufgerufen.

Hierzu gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Bau- und Verkehrsausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 19.03.2015 zur Kenntnis genommen hat.

Die Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass es sich bei dieser Vorlage nur um eine Information handelte und somit keine Abstimmung erfolgen wird.

Sodann eröffnete die Stadtratsvorsitzende die gemeinsame Beratung der Drucksachen.

Zu Beginn beantragte Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ein 10 minütiges Rederecht für einen Vertreter der Bürgerinitiative.

Über diesen Geschäftsordnungsantrag ließ die Stadtratsvorsitzende abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	44
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag bestätigt und dem Vertreter der Bürgerinitiative ein Rederecht für 10 Minuten gewährt.

Der Vertreter der Bürgerinitiative erläuterte die Sichtweise zum Verfahrensablauf. Zudem bekundete er nochmals den Standpunkt und die Forderungen im Namen der Bürgerinitiative. Abschließend bedankte er sich bei den Stadträten für dessen Zuhören und Auseinandersetzen mit der Thematik.

Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, sprach seinen Dank an die Bürgerinitiative im Namen seiner Fraktion aus. Zudem gab er bekannt, dass sie der Vorlage des Oberbürgermeisters (Drucksache 0587/15) folgen werden und begründete dies insbesondere mit den sonst entstehenden Mehrkosten.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung zur Vorlage enthalten werde. Seiner Ansicht nach gäbe es zur Thematik keinen Weg auf demokratischer Ebene und somit werde es eine Mehrheitsentscheid. Seine Fraktion stehe weiterhin zum Antrag (Drucksache 0104/15) für eine schmalere Brücke auch wenn diese kostenintensiver sei.

Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., ging auf den Verfahrensablauf sowie auf die stattgefundenen Ausschusssitzungen und –diskussionen ein. Zur Position seiner Fraktion gab er bekannt, dass sie ihren Antrag (Drucksache 0224/15) zurückziehen und der Vorlage der Verwaltung (Drucksache 0587/15) zustimmen. In der Begründung nannte er die Haushaltsituation und die Tatsache, dass mit dieser Lösung keine weiteren Millionen in eine Umpflanzung fließen müssten. Dennoch sollte die Thematik der Rathausbrücke von der Insel getrennt werden und deswegen über die Haushaltsbefragung unter Einbeziehung der Bevölkerung geklärt werden. Den Kompromiss der Neupflanzung der Bäume mit gewissem Stammumfang - ähnlich den jetzigen - begrüßte seine Fraktion.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, ging in seinen Ausführungen auf den Verfahrensablauf und die Ausschussberatungen ein. Zudem nahm er Bezug auf die Situation vor Ort und bedankte sich bei der Bürgerinitiative. Im Namen seiner Fraktion zog er den vorliegenden Antrag

(Drucksache 0250/15) zurück, da dieser durch die Drucksache 0801/15 ersetzt wurde. Hierzu erklärte er, dass im Wortlaut der Drucksache 0801/15 unter Punkt 5 statt "modifiziert" das Verb "herausgesetzt" eingesetzt werden soll. Er kritisierte, dass der Zugang zur Mikwe schmaler werden würde und dies nicht Sinn der Sache sei. Abschließend ging er in seinen Darlegungen auf die Mehrkosten ein.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, erläuterte seine Sichtweise zum Verfahrensablauf und zog im Namen seiner Fraktion den Antrag (Drucksache 0230/15) zurück.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Gloria, Fraktion SPD,
- Herr Pfistner, Fraktion CDU,
- Herr Metz, Fraktion SPD,
- Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.,
- Frau Gabor, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Frau Walsmann, Fraktion CDU,
- Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr und
der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes.

Hierbei wurden auf die noch vorliegenden Anträge eingegangen und die Vor- und Nachteile bezüglich der Breite der Brücke, dem Erhalt der Bäume und der Finanzierung beleuchtet.

Im Zuge der Diskussion gab Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, eine zusammenfassende Stellungnahme zum Verfahrensstand ab. Zudem erläuterte er nochmals die Gründe für die Breite der Brücke gemäß der Verwaltungsvorlage (Drucksache 0587/15) wie beispielsweise das hohe Tourismusaufkommen zwischen Fischmarkt und Wenigemarkt und die Breite des Straßenraumes an der Nord- und Südseite der Brücke, an welche sich die Brücke nach dieser Planung anpasste und somit keine unterschiedlichen Absätze entstehen. Weiterhin gab er deutlich zu verstehen, dass eine Finanzierung für eine komplette Umplanung nicht möglich sei.

Der Leiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes begründete in seinen Ausführungen ebenfalls die Brückenbreite vom 10, 80 Metern. Zudem erklärte er, dass keine Brückenplanung mit dem Erhalt der vier Bäume möglich gewesen sei.

Abschließend zeigte sich Frau Walsmann unzufrieden mit dem Ablauf des Verfahren und der Umsetzung der Stadtratsbeschlüsse. Sie kritisierte die Umsetzung der an die Verwaltung gerichteten Aufträge.

Im Anschluss an die Diskussion fasste die Stadtratsvorsitzende zusammen und regte an, die allgemeine Thematik der Umsetzung der Stadtratsbeschlüsse im Konsens aller Fraktionen im Hauptausschuss zu besprechen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den TOP 8.6 zur Abstimmung auf.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 0224/15) sowie der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 0230/15) wurden zurückgezogen. Daher erfolgte

zu Beginn die Abstimmung des Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 0801/15) inkl. der mündlichen Änderung von Herrn Kallenbach, welcher die Ursprungsdrucksache ersetzte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	28
Enthaltungen:	0

Damit wurde dieser Antrag abgelehnt.

Sodann ließ die Stadtratsvorsitzende über die Ursprungsdrucksache 0104/15 abstimmen.

abgelehnt Ja 17 Nein 28 Enthaltung 0 Befangen 0

Anschließend rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung des TOP 8.12 auf.

Zu Beginn beantragte Herr Kallenbach die Einzelabstimmung der Beschlusspunkte der Drucksache.

Darüber ließ die Stadtratsvorsitzende abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	12
Enthaltungen:	9

Damit wurde der Antrag angenommen und die Beschlusspunkte der Drucksache einzeln zur Abstimmung aufgerufen.

Zunächst rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über den Beschlusspunkt 01 auf:

Der Beschluss des Bau- und Verkehrsausschusses in seiner Sitzung am 27.03.2014 zur Drucksache 0338/14 (Fällung vier Bäume, Brückenbreite 10,80 m) wird aufrechterhalten. Unter den Prämissen zur Beibehaltung der Brückenbreite von 10,80 m und Fällung der vier widerlagernahen Bäume ist die Ausschreibung des Bauvorhabens unverzüglich in Gang zu setzen, so dass zur Sicherung der Fördermittel der Zuschlag zur Vergabe der Bauleistungen noch in diesem Jahr erteilt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	17
Enthaltungen:	0

Somit wurde dieser beschlossen.

Daraufhin erfolgte die Abstimmung des Beschlusspunktes 02:

Der Beschluss des Bau- und Verkehrsausschusses in seiner Sitzung vom 13.11.2014 zur Drucksache 1696/14 wird aufgehoben. Die Begehbarkeit der südlichen Breitstrominsel ist nach der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2015 zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 45
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde dieser Beschlusspunkt einstimmig beschlossen.

Abschließend ließ die Stadtratsvorsitzende den Beschlusspunkt 03 abstimmen:

Der Vorschlag zur Neupflanzung der Bäume (Anlage 1) wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28
Nein-Stimmen: 12
Enthaltungen: 6

Somit wurde dieser Punkt ebenfalls beschlossen.

Zugleich wurde die Information unter TOP 9.2 (Drucksache 0568/15) zur Kenntnis genommen.

Im Anschluss fuhr die Stadtratsvorsitzende in der Tagesordnung mit dem TOP 8.8 fort.

8.6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 0104/15 - Überarbeitung der Planungen zum Bau der Rathausbrücke 0224/15

zurückgezogen

8.6.2. Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur DS 0104/15 - Überarbeitung der Planungen zum Bau der Rathausbrücke 0230/15

zurückgezogen

8.6.3. Antrag der CDU-Fraktion zur DS 014/15 - Überarbeitung 0250/15

der Planungen zum Bau der Rathausbrücke

zurückgezogen

- 8.6.3.1. Antrag der CDU-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion 0801/15
(DS 0250/15) zur DS 0104/15 - Überarbeitung der Planungen zum Bau der Rathausbrücke

abgelehnt

- 8.7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan GIK160 "Möbelhaus, Sport- und Freizeiteinrichtung Teichmannshof" - 1. Änderung (Textbebauungsplan); Abwägungs- und Satzungsbeschluss 0174/15
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Gisperleben die Vorlage in seiner Sitzung am 16.03.2015 zur Kenntnis nahm.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 24.03.2015 einstimmig (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen; das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 4) ist Bestandteil des Beschlusses. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Einreichern von Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB das Abwägungsergebnis mitzuteilen.

02

Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 88 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und § 19 Abs. 1 Satz 1, § 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) beschließt der Stadtrat Erfurt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan GIK160 "Möbelhaus, Sport- und Freizeiteinrichtung Teichmannshof" - 1. Änderung, bestehend aus dem Textbebauungsplan (Anlage 2) mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 2.1) als Satzung.

03

Die Begründung (Anlage 3) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan GIK160 "Möbelhaus, Sport- und Freizeiteinrichtung Teichmannshof" - 1. Änderung wird gebilligt.

04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bebauungsplan gemäß § 21 Abs. 3 Satz 1 ThürKO der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

Die Satzung ist gemäß § 21 Abs. 3 Satz 2 ThürKO frühestens nach Ablauf eines Monats ortsüblich bekanntzumachen, sofern die Rechtsaufsichtsbehörde die Satzung nicht beanstandet.

Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

05

Der Bebauungsplan wurde als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 3 BauGB wurde im beschleunigten Verfahren von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

06

Der Flächennutzungsplan soll gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes GIK106 "Möbelhaus, Sport- u. Freizeiteinrichtung Teichmannshof, 1.Änderung" im Wege der 9. Berichtigung angepasst werden.

07

Die Flächennutzungsplan-Berichtigung Nr. 9 Bereich Gispersleben, Bebauungsplan GIK160 "Möbelhaus, Sport- u. Freizeiteinrichtung Teichmannshof" - 1.Änderung wird gebilligt.

Die 9. Berichtigung des Flächennutzungsplanes ist gemäß § 6 Abs. 6 BauGB zusammen mit dem Bebauungsplan GIK160 "Möbelhaus, Sport- u. Freizeiteinrichtung Teichmannshof" - 1.Änderung in der durch die Anpassung an den Bebauungsplanes geänderten Form ortsüblich neu bekannt zu machen. Dabei ist anzugeben, wo der Plan während der Dienststunden eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft gegeben wird.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 5 a – d beigefügt.)

Im Anschluss an die Abstimmung erfolgte die Pause.

- | | | |
|------|---|---------|
| 8.8. | Entwicklung einer Vernetzungsstruktur für eine gesamt-kommunale Handlungsstrategie zur Förderung der Gesundheit | 0274/15 |
| | Einr.: Fraktion CDU | |

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt.

Der Jugendhilfeausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 19.03.2015 (Ja 3 Nein 0 Enthaltung 11 Befangen 0).

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 25.03.2015 einstimmig (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Frau Tillmann, Fraktion CDU, erläuterte die Intention der Drucksache ihrer Fraktion und bat um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 19 Nein 1 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, über ein Netzwerk „Gesunde Kommune“ (in Anlehnung „Runder Tisch Gesundheit“), die Kommunalverwaltung zu einer Organisation weiter zu entwickeln, in der die Förderung der Gesundheit in den kommunalen Entscheidungen Berücksichtigung findet und auf kommunaler Ebene nachhaltig verankert wird.

02

Dazu wird der Oberbürgermeister beauftragt, im ersten Halbjahr 2015 mit der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e.V. – AGETHUR – Kontakt aufzunehmen. Diese berät und unterstützt strategisch bei der Entwicklung der kommunalspezifischen Vernetzungsstruktur für die Kommune.

**8.9. Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 9 für den Bereich 0361/15
Linderbach, Hochstedt "Güterverkehrszentrum (GVZ) Erfurt" - Beschluss über die Abwägungsergebnisse und
Feststellungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzenden gab bekannt, dass die Drucksache von den Ortsteilräten Azmannsdorf und Hochstedt bestätigt, von den Ortsteilräten Vieselbach und Büßleben zur Kenntnis genommen und vom Ortsteilrat Linderbach abgelehnt wurde.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 24.03.2015 (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach dem Hochwasserschutzkonzept, welches eigentlich vor dem nächsten Verfahrensschritt vorliegen sollte.

Hierzu erklärte der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung, dass der Arbeitsaufwand für das Hochwasserschutzkonzept viel höher als erwartet sei und es daher zu Verzögerungen kam. Dennoch versicherte er, dass der Bebauungsplan erst als Beschlussvorlage eingereicht werde, wenn das Hochwasserschutzkonzept vorliege.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zur Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 9 für den Bereich Linderbach, Hochstedt "Güterverkehrszentrum (GVZ) Erfurt" eingegangenen Stellungnahmen; das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 4 a) ist Bestandteil des Beschlusses. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Einreichern von fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB das Abwägungsergebnis mitzuteilen.

02

Die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 9 für den Bereich Linderbach, Hochstedt "Güterverkehrszentrum (GVZ) Erfurt" in der Fassung vom 19.02.2015 (Anlage 2) wird beschlossen. Die Begründung inklusive Umweltbericht (Anlage 3) wird gebilligt.

03

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 9 für den Bereich Linderbach, Hochstedt "Güterverkehrszentrum (GVZ) Erfurt" gemäß § 6 Abs.1 BauGB der höheren Verwaltungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Nach § 6 Abs. 5 Satz 1 BauGB ist die Erteilung der Genehmigung ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist anzugeben, wo der Plan einschließlich der Begründung und der beizufügenden zusammenfassenden Erklärung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft gegeben werden kann.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 7 a – d beigelegt.)

**8.10. Eintrittspreisregelung THEATER ERFURT ab 01.09.2015 0362/15
Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 04.03.2015 vertagte.

In der gemeinsamen Sitzung des Werkausschusses Theater Erfurt mit dem Kulturausschuss am 26.03.2015 wurde die Drucksache wie folgt votiert:

- Werkausschuss Theater Erfurt
bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0)
- Kulturausschuss
bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Eintrittsgelder für das THEATER ERFURT ab 01. September 2015 gemäß Anlage 1.

02

Der Beschluss des Stadtrates Nr. 0449/12 vom 09.05.2012 tritt zum 31. August 2015 außer Kraft.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 8 beigefügt.)

- 8.11. Die Stadt Erfurt und die Zivilgesellschaft starten gemeinsam einen Aufruf zur Wohnungssuche für Flüchtlinge 0370/15
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Stadtrat die Drucksache in seiner Sitzung am 04.03.2015 in den zuständigen Ausschuss verwies.

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 25.03.2015 einstimmig (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, bat um eine Stellungnahme der Verwaltung zum derzeitigen Sachstand.

Hierzu erläuterte der Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit das aktuelle Verfahren und den weiteren Ablauf.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt einen öffentlichen Aufruf zu initiieren, leer stehende Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen und dafür Initiativen und Akteure aus der Zivilgesellschaft als Unterstützer/innen zu gewinnen.

02

In diesem Aufruf soll auch über die Vergabe- und Anmietungsverfahren informiert werden.

03

Der Aufruf ist im Amtsblatt und weiteren geeigneten Zeitungen und Medien zu veröffentlichen.

- 8.12. Aufrechterhaltung Beschluss BuV vom 27.03.2014 zur DS 0587/15
 0338/14 (Brückenbreite 10,80 m und Fällung widerlager-
 naher Bäume)
 Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 8.6

mit Änderungen beschlossen

Beschluss:

01

Der Beschluss des Bau- und Verkehrsausschusses in seiner Sitzung am 27.03.2014 zur Drucksache 0338/14 (Fällung vier Bäume, Brückenbreite 10,80 m) wird aufrechterhalten. Unter den Prämissen zur Beibehaltung der Brückenbreite von 10,80 m und Fällung der vier widerlagernahen Bäume ist die Ausschreibung des Bauvorhabens unverzüglich in Gang zu setzen, so dass zur Sicherung der Fördermittel der Zuschlag zur Vergabe der Bauleistungen noch in diesem Jahr erteilt werden kann.

02

Der Beschluss des Bau- und Verkehrsausschusses in seiner Sitzung vom 13.11.2014 zur Drucksache 1696/14 wird aufgehoben. Die Begehbarkeit der südlichen Breitstrominsel ist nach der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2015 zur Entscheidung vorzulegen.

03

Der Vorschlag zur Neupflanzung der Bäume (Anlage 1) wird bestätigt.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.)

- 8.13. Tempo 30 vor allen Kindertageseinrichtungen 0599/15
 Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Verwiesen in Ausschuss

- 8.14. Name der Multifunktionsarena 0609/15
 Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Verwiesen in Ausschuss

8.15. Umschuldungen 2017
Einr.: Oberbürgermeister

0611/15

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 08.04.2015 einstimmig bestätigte (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kreditumschuldungen für die im Jahr 2017 fälligen Darlehen vorzunehmen.

02

Der Ausschuss Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird über die vereinbarten Konditionen informiert.

8.16. Reintegration des Erfurter Sportbetriebs in die Stadt-
verwaltung Erfurt
Einr.: Fraktion CDU

0631/15

Verwiesen in Ausschuss

8.17. Berufung sachkundiger Bürgerin
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

0668/15

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, die Drucksache ohne Vorberatung behandelt werde.

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Als sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird Frau Katja Kleimenhagen benannt.

8.18. Vorlage einer Maßnahmenliste zur Umsetzung der Entlastungen des Bundes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen
Einr.: Fraktion CDU

0673/15

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt werde.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, erläuterte zu Beginn die Intention der Drucksache ihrer Fraktion. In ihren Ausführungen ging sie auf die inhaltlichen Schwerpunkte und das Verfahren auf Landesebene ein. Entgegen der Stellungnahme der Verwaltung sei die Vorlage nicht entbehrlich, der Zweck der Mittel bereits gesetzlich festgelegt für die Investition in Kindergärten und Schulen sowie in energetische Gebäudesanierung und es sollte nicht bis zum Jahr 2019 gewartet werden.

Frau Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, erläuterte ihre Sichtweise zur Thematik und hinterfragte die Aussagen ihrer Vorrednerin insbesondere in Bezug auf die Tatsache, dass die Mittel noch nicht beschlossen und die Verteilung dessen vom Land noch nicht festgelegt wurde. Weiterhin ging sie auf die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, beantragte eine Verweisung der Drucksache in den Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb und in den Ausschuss für Bildung und Sport.

Sodann nahm Frau Pablich, Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften, Bezug zu den Aussagen ihrer Vorredner und erläuterte den Sachstand zur Thematik. Sie wies darauf hin, dass zunächst nähere Informationen für den Zweck und der Verteilung der Mittel notwendig sind und diese abgewartet werden müssen.

Abschließend bat Frau Tillmann um Abstimmung der Drucksache um das Verfahren in Gang zu bringen und über den weiteren Fortgang in den Ausschüssen zu beraten.

Herr Prof. Dr. Thumfart nahm seinen Antrag auf Verweisung der Vorlage in die zuständigen Ausschüsse zurück.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 20 Nein 18 Enthaltung 5 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, schnellstmöglich eine Maßnahmenliste vorzubereiten und dem Stadtrat vorzulegen, wie die für Erfurt zu erwartenden ca. 7,5 Millionen aus dem „Kommunalinvestitionsförderungsfond“ des Bundes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen verausgabt werden sollen.

02

Um den rechtzeitigen Mittelabfluss in diesem Jahr zu gewährleisten, ist zu prüfen, ob vorab der Erfurter Haushalt verabschiedet werden muss und inwiefern die Förderung von In-

vestitionen ab Juni 2015 sichergestellt werden kann.

03

Die zusätzlichen Mittel, die Erfurt durch die weitere Entlastung der Kommunen um 1,5 Milliarden durch den Bund 2017 erhält, sind in der mittelfristigen Finanzplanung zudem ausschließlich für Investitionen zur Sanierung von Kitas und Schulen einzustellen. Der Stadtrat und die zuständigen Ausschüsse sind dabei regelmäßig über die entsprechende Umsetzung zu informieren.

9. Informationen

9.1. Information zur Umsetzung des Beschlusses 0574/14 0419/15 Einr.: Oberbürgermeister

Hierzu gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass die Information den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Wortmeldungen gab es nicht.

zur Kenntnis genommen

9.2. Notsicherung Rathausbrücke Ost 0568/15 Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 8.6

zur Kenntnis genommen

9.3. Sonstige Informationen

Weitere Informationen lagen nicht vor. Somit beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführer/in

